

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedrucker Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garmond-Spaltzeile ober den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertions-Steuer per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

Laibacher Zeitung.

Amtlicher Theil.

S. I. E. Apostolische Majestät haben an den Bürgermeister der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien das nachstehende Allerhöchste Handschreiben allergnädigst zu erlassen geruht:

Lieber Bürgermeister Dr. Zelinka! Mit Wohlgefallen habe Ich von dem günstigen Verlaufe des am 23. d. M. abgehaltenen Volksfestes Kenntniß genommen.

Es hat Mich herzlich gefreut, daß Meine lieben Wiener fröhlich waren, und dabei zugleich ein Werk der Wohlthätigkeit übten, indem sie zur Linderung der Noth und Armuth ein Schärfein beitrugen. Ich danke Ihnen, lieber Bürgermeister, für die Mühe und Sorgfalt, mit welcher Sie sich mit gewohntem Eifer der Leistung der Festanstalten unterzogen haben, und Ich ermächtige Sie, den Festcomité-Mitgliedern und Ordnern, welche dabei aus patriotischem Sinne mitwirkten, Meine Anerkennung bekannt zu geben.

Frankfurt a. M., 30. August 1863.

Franz Joseph m. p.

Nichtamtlicher Theil.

Frankreich und die deutsche Bundesreform.

Laibach, 2. September.

Frankreich beginnt eine entschieden feindselige Haltung gegen die deutsche Bundesreform einzunehmen. Mehr als 100 Departementalblätter, welche gewöhnlich als von der Regierung inspirirte Organe gelten, haben einen Artikel gebracht, der in Paris verfaßt wurde, und dem wir folgende Stellen entnehmen:

„Eine geschickte, vorsorgliche Regierung soll stets ihren Ehrgeiz nach ihren Kräften bemessen. Selbst in einer gutgewählten Bahn über das Ziel hinausgehen, heißt sich der Gefahr aussetzen, zu einem dauerlichen Rückzuge gezwungen zu werden, dessen geringste Folge der Verlust von Stellungen wäre, die man bereits fest eingenommen zu haben glaubt, und auch fest eingenommen hätte, wenn man sich innerhalb der Schranken der Mäßigung gehalten hätte.“

Diese wohl bekannten und, wie die Geschichte lehrt, allzu häufig überschrittenen Regeln müssen vorzüglich Oesterreich in's Gedächtniß zurückgerufen werden, und zwar gerade in dem Augenblick, wo der bereits merkwürdige Erfolg seiner liberalen Politik im Innern ihm gestattet, ein so delikates Unternehmen gegen Preußen und gewisse, seine Autorität störenden Einflüsse am deutschen Bundestage zu versuchen. Ihm hat das Glück gelächelt, Dank den in Berlin begangenen Fehlern, und es mag, davon verblendet, wohl das Bewußtsein oder wenigstens die Bemessung seiner wirklichen Kräfte verloren haben. Es ergibt sich aus den veröffentlichten Dokumenten, daß in dem Art. 8 des österreichischen Programmes sich folgende Klausel befindet:

„Wenn ein Krieg zwischen einem Bundesstaat, der auswärtige Besitzungen hat, und einer fremden Macht ausbricht“ u.

Diese Bestimmung ist voller Gefahren und würde sicherlich, wenn sie in die Praxis übergehen sollte, eine radikale Umänderung in den gegenwärtigen Bedingungen des europäischen Gleichgewichts hervorrufen. In der That könnte man mit der Habsburgischen Monarchie an keinem Punkte mehr in Kampf ge-

rathen, ohne gleichzeitig mit dem ganzen deutschen Bunde zu thun zu haben. Dieß können wir nun aber nicht zulassen (admettre), und doch hat Kaiser Franz Josef, ohne seine Nachbarn in Anschlag zu bringen (sans compter avec ses voisins) sich nicht geschämt, dieß vorzuschlagen. Der Versuch eines Uebergrißes (empiétement) ist offenbar.

Oesterreich beharre darauf, aus den Bedingungen herauszutreten, innerhalb welcher wir ihm gestattet haben, sich zu bewegen, und sofort wird die Hand, die, um ihm aufzuhelfen, sich freundlich ihm entgegenstreckte, sich zurückziehen. Dann aber wird das ganze Gebäude der Macht, das es wieder aufzubauen und zu vergrößern sich anschickte, ins Wanken gerathen. Oesterreich soll es nicht vergessen: durch das Einverständnis mit uns, ist es wieder zu so hohem Ansehen (présteige) gelangt. Es verleihe uns und die Prinzipien, welche das europäische Recht berühren: sofort wird seine Lage wieder eine versängliche (précaire) werden. Wir hätten nur den Wunsch auszusprechen, und Rußland so gut wie Preußen würden sich eifrig um das Einverständnis mit uns bewerben. Italien würde dasselbe thun, und das Haus Oesterreich sähe sich plötzlich isolirt, gerade in dem Augenblick, indem es seinen Sieg allzu hoch anschläge (surferait). Glücklicherweise sind wir noch nicht so weit. Nach Depeschen aus Frankfurt vom 27., wäre der Art. 8 in dem Sinne umgeändert worden, daß er nur noch eine Umschreibung des Art. 47 der Wiener Schlussakte wäre. Wir glauben außerdem, daß die Regierung des Kaisers Franz Josef eine Ahnung der Gefahr gehabt hat; ihre hohe geschäftliche Einsicht und ihre Klugheit werden das Uebrige thun.“

Diesem unverhüllt auftretenden Angriffe tritt die „Presse“ entgegen und sagt unter Anderem: „In keinem europäischen Staate haben so große, für die Nachbarstaaten so bedrohliche Veränderungen stattgefunden, als gerade in Frankreich. Der Sprung von der Julimonarchie zur Republik war weit weniger groß, als jener von der Republik zum Kaiserreich. Mit dem 2. Dezember warf sich Napoleon III. zum Diktator einer durch und durch militärischen Nation auf, welche die außerordentlichsten Hilfsquellen in Hülle und Fülle besitzt. Er vereinigte in seinen Händen alle Gewalten, er verfügte und verfügt noch heute unverantwortlich und unkontrollirt über das Gut und Blut Frankreichs. Seit einer Reihe von Jahren ist die Uebermacht Frankreichs ein Gegenstand steter Besorgniß für alle Völker und Regierungen, aber Niemand hat Einsprache gegen die ungeheure Thatsache erhoben, welche Napoleon III. vollzog. Man betrachtete die Veränderungen in Frankreich als innere Angelegenheiten und kein europäischer Staat machte sich an, dagegen irgend welche Einsprache zu erheben. Und Frankreich will gegen die Bundesreform im Namen der Verträge protestiren, die es selbst tagtäglich verläugnet und mit Füßen tritt? Gelänge es selbst, eine viel durchgreifendere Reform des deutschen Bundes durchzusetzen, als jene ist, welche Oesterreich zu verwirklichen strebt, würde Deutschland ein wirklicher Einheitsstaat, so hätte weder Frankreich, noch irgend einer seiner Nachbarn von der Macht dieses Deutschlands etwas zu besorgen. Politischer Ehrgeiz ist kein Zug des deutschen Volkscharakters, so wenig als Raschheit des Entschlusses und der Durchführung. Auf dem höchsten Gipfel der Macht angekommen, wäre Deutschland kein erobernder Staat. Deutschland hat niemals anders als mit den friedlichen Mitteln seiner Kultur ausgegriffen; ein mächtiger, von einem einheitlichen Willen geleiteter deutscher Bund würde das deutsche Wesen nicht verläugnen. Seine Politik wäre allerdings die der kräftigsten Abwehr gegen jede Macht, welche die Integrität seines Gebietes und dessen, was drum und dran hängt, bedroht, aber nicht der Angriff, die Offensive, sondern die Defensiv würde im-

merdar der Grundzug seiner Haltung sein. Von der Macht eines freien Deutschlands, sie möge noch so gewaltig sein, würde weder Frankreich, noch irgend ein anderer Staat, wenn er den Krieg nicht provoziert, seine Sicherheit bedroht sehen. Immerhin würde aber die Schwere dieses Deutschlands es auf naturgemäßem Wege zum Schiedsrichter Europa's machen; die Freiheit und Gerechtigkeit, die es ausstrahlt, würde allmählig jeden Despotismus, wo er in Europa noch besteht, untergraben und unmöglich machen, und das ist es, was sowohl Frankreich als Rußland fürchten und weshalb sie auch den schüchternen ersten Versuch, Deutschland diesem hohen Ziele näher zu bringen, auf jede mögliche Weise zu vereiteln trachten.“

Oesterreich.

Wien. Se. Majestät der Kaiser Ferdinand haben für die Restaurirung der St. Wolfgangskirche bei Grades in Kärnten einen Beitrag von 500 fl. zu widmen geruht.

Ferner geruhten Ihre Majestäten der Kaiser Ferdinand und die Kaiserin Maria Anna dem Frauenvereine zu Innsbruck ein Geschenk von 200 fl. verabsolgen zu lassen.

Wien, 31. August. Der Rücktritt des Grafen Wickenburg vom Handelsministerium ist zwar noch keine vollendete Thatsache, doch ist davon ernstlich die Rede. Die Schwierigkeit, auf welche der Herr Graf bei der Ausführung des Ausstellungsplanes stößt, soll vornehmlich daran Schuld sein. Man will auch wissen, daß deßhalb zwischen ihm und andern Kollegen manche Divergenz herrscht.

Das Elaborat eines neuen Strafgesetzes ist bereits durch den Sektionschef Ritter v. Hye vollendet und dem Drucke übergeben worden. Zur Vorberathung des Gegenstandes im Ministerium wird eine Kommission niedergesetzt werden, die am 8. Oktober zusammentreten und aus Fachmännern aller Zweige bestehen soll, welche mit der Strafjustiz zusammenhängen. Aus dem Abgeordnetenhause sind dazu eingeladen die Herren Dr. Berger, Herbst, Mühlfeld, Waser.

Sowohl das System der strafbaren Handlungen als der Strafen, weicht von dem bestehenden ab. Das neue Strafgesetz wird auch an Anfang geringer sein, weil alle bloß kulpösen Handlungen ausgesondert und einem Polizeigesetzbuche vorbehalten werden.

(Oest. Zig.)

Triest, 29. August. Wahrscheinlich wird die „France“ nächstens aus Triest berichten, der Erzherzog Ferdinand Max sei bereits nach Frankreich abgereist; denn die Dampfyacht „Fantasie“, welche die „France“ für diesen Zweck herrichten ließ, ist heute wirklich von der Rhede verschwunden, wird aber wohl schwerlich in einem französischen Hafen wieder zum Vorschein kommen, da dieses leichte Schnellschiff überhaupt für eine weitere Reise und einen Besuch des Erzherzogs in einem fremden Lande nicht geeignet ist. Die Gerüchte über die mexikanische Angelegenheit gehen überhaupt schon in's Fabelhafte. So erzählt man sich hier z. B. mit ganz ernsthaften Gesichtern, der Marineminister Baron Burger sei zum Gesandten am künftigen kaiserlichen Hofe in Mexiko bestimmt! Ernsthafte Beachtung verdient das Gerücht, daß unser Deputirter Ritter v. Hagenauer der Nachfolger des Grafen Wickenburg werden soll, da, wie man wissen will, in dieser Beziehung bereits zwei Mal auf denselben reflektirt wurde. Herr v. Hagenauer ist eine sehr positive, sehr logische und taktische Kapazität, und auch mit den Verhältnissen des Seehandels gründlich vertraut. Interessant wäre es, den Mann, den eine Partei hier vor zwei Jahren von allen öffentlichen Funktionen ausschließen wollte, und der nun doch wieder zum Gemeinderath und Reichsraths-Deputirten

gewählt wurde, noch zum Handelsminister emporsteigen zu sehen. (Pr.)

Lemberg, 30. August. Zum Strafprozeß Sapieha wird dem „Wanderer“ berichtet: Wie ich von guter Seite erfahre, hat der oberste Gerichtshof der Berufung des Fürsten Adam Sapieha wider die vom Oberlandesgerichte ausgesprochene Verweigerung der Entlassung desselben auf freien Fuß gegen Kautionsleistung zum Behufe des Gebrauches der Bäder in Gleichenberg nicht stattzugeben befunden, obwohl die Nothwendigkeit der Badekur bekauntlich durch ärztliche Zeugnisse nachgewiesen wurde, und ungeachtet sich der Fürst bereit erklärte, die Kosten einer ihm allenfalls beizugebenden Wache selbst bestreiten zu wollen. Als Motiv der Nichtanwendbarkeit des Gesetzes zum Schutze der persönlichen Freiheit in diesem speziellen Falle soll in dem abschlägigen Bescheide die in den bezüglichen Paragrappen der Strafprozeßordnung bezeichnete Beforgnis der Vereitelung der Untersuchung durch Verkehr mit den Zeugen angeführt sein, indem die Begebung einer Wache zur Ueberwachung des Fürsten nach den jetzt bestehenden Gesetzen unzulässig sei.

— Die Trauerkunde aus **Lemberg** über den Selbstmordversuch Franz Smolka's (allgemein spricht sich die Theilnahme an dem Schicksale des unglücklichen Mannes aus) wird von mehreren Journalen ausführlich besprochen und kommentirt. Soweit wir in der Sachlage unterrichtet sind, dürfte die Darstellung des „Botschafters“ wohl eine sehr genaue sein, indem er schreibt: Das Auftreten Smolka's gegen die Zuzüge aus Galizien zur polnischen Insurrektion, obwohl aus den edelsten Motiven, aus Patriotismus und Humanität entspringen, zog Smolka die bittere Feindschaft der nationalen Heißsporne zu. Er ward angefeindet, geschmäht, in anonymen Briefen verhöhnt und bedroht. Das tiefschmerzliche Gefühl vor seinem eigenen Vaterlande verkannt zu werden, bemächtigte sich seiner. Dazu gesellte sich der trübe Blick auf den Gang des Aufstandes selbst auf die harten Niederlagen der Landsleute, auf die furchtbaren Repressalien der Russen. Von zwei Seiten niedergebeugt, glaubte Smolka's heftige energische Natur den inneren Kampf der Seele, die Bitterkeit des Lebens nicht mehr ertragen zu können und griff in einer dunklen Stunde zu dem verzweifeltsten Entschlusse, allen Schmerz der Erde mit einem Male von sich abzuschütteln.

Ausland.

Aus **Frankfurt, 30. August**, wird der „O. G.“ geschrieben: Bis auf zwei oder drei Punkte, hinsichtlich welcher übrigens eine Verständigung gleichfalls angebahnt wurde, ist die Verhandlung auf Grund des österreichischen Bundesreformprojektes zu Ende geführt worden. Das Ergebnis dieser Berathung unter den Häuptern der deutschen Nation, welcher nun noch die formelle Feststellung folgt, kann nur als ein höchst erfreuliches betrachtet werden, denn es wird auch die nun von fast allen deutschen Fürsten und von den freien Städten sanktionirte Reformakte, welche Se. Majestät der Kaiser in Frankfurt vorgelegt hat, nicht ganz die große Tragweite des ursprünglichen Entwurfes haben, so ist doch jedenfalls eine im Ganzen sehr bedeutende Verbesserung der bestehenden Verfassung des deutschen Bundes erzielt worden. Die deutsche Frage ist in Frankfurt einen großen Schritt weiter der Lösung entgegengeführt worden und was unter den gegenwärtigen Verhältnissen zu erreichen war, das wurde auch erreicht. Der ernsten, unablässigen auf das große Ziel hingewirkten, im edelsten Sinne des Wortes fürstlichen Thatkraft Sr. Majestät des Kaisers, seiner dem allgemeinen Interesse gewidmeten Hingebung, Sonderinteressen persönlich nicht kennend, aber bei Anderen möglichst schonend, ist ein über alle Maßen schwieriges Werk gelungen. Die deutsche Nation, wenn es ihr zur Beurtheilung vorliegt, wird dem Kaiser Franz Joseph zum hohen Verdienste anrechnen nicht bloß was erreicht worden, sondern auch was unter anderen Verhältnissen hätte erreicht werden können.

— Aus **Frankfurt, 30. August**, schreibt man der „Presse“: Bis auf einige wenige, näherer Festsetzung vorbehaltene Punkte, die jedoch keine erheblichen Schwierigkeiten mehr machen werden, ist der Kongreß heute mit der Detail-Diskussion der österreichischen Reformvorlage zum Schlusse gelangt. Sie wissen bereits, daß der Großherzog von Baden im Verlauf der ganzen Diskussion, und sobald in der vierten Plenarsitzung Artikel 16 (Zusammensetzung der Bundes-Abgeordneten-Versammlung) nach der vorgeschlagenen Fassung angenommen worden, noch bestimmter als vorher einen lediglich negirenden Standpunkt einhielt. So war es denn auch nur konsequent, daß er auch zu dem Schlusssatz (36: „Die bestehenden Bundesgesetze behalten ihre Kraft und Gültigkeit, so weit sie nicht durch die vorkommenden Bestimmungen abgeändert werden“) ein negatives Votum

zu Protokoll gab. Der Großherzog ist sowohl mit den durch die Reformakte eingeführten Veränderungen der Bundesgesetze, wie mit diesen selbst nicht zufrieden. Er erklärte übrigens in der dritten Sitzung, die Fortbildungsfähigkeit des österreichischen Projektes nicht zu verkennen; er habe darum keinen Anstand genommen, der Erklärung, daß es eine geeignete Grundlage zu weiteren Verhandlungen bilde, sich anzuschließen; da jedoch diese Verhandlungen eine Richtung einschlugen, welche nicht auf die Fortbildung des Werkes im freisinnigen Geiste, sondern auf dessen engere Begrenzung abzielt, so halte er sich nicht für berufen, auf diesem Wege zu folgen. In vertraulichen Besprechungen präzisirte der Großherzog diesen seinen Standpunkt weiter dahin: die Vorlage, so wie sie sei, genüge ihm nicht, Konzessionen im liberalen Sinne seien nicht zu erreichen; die Opfer, welche sie der Selbstständigkeit der Einzelstaaten zumuthen, betrachte er daher als zu groß, denn sie seien einer nur paritellen, einer ungenügenden Reform gebracht; die zugemutheten Opfer und die dafür der Nation gewährten Freiheiten kompensirten sich nicht. Von diesem Gesichtspunkte aus kam Großherzog Friedrich dazu, die reaktionäre Opposition gegen das Reformprojekt, welche gleichfalls von der Selbstständigkeit der Staaten aus argumentirte, zu verstärken, um dazu beizutragen, dessen Ausführung zu verhindern. Wenn Herr v. Roggenbach diese Latitit staatsrechtlich vermittelt des Prinzips der fürstlichen Unverantwortlichkeit zu vertheidigen suchte, so ist dieß eben nur cum grano salis zu nehmen. Diese Nichtverantwortlichkeit, sowie andererseits die Verantwortlichkeit der Minister vor den Kammern, waren durch eine sofort in der ersten Plenarsitzung beschlossene Reservation, sowie durch die Konstatirung derselben in dem nach dieser Sitzung erlassenen Reichsberg'schen Rundschreiben, vollkommen gebekt.

Frankfurt, 31. August. Einzelne hiesige Blätter von schroffer Parteistellung fahren fort, sich in ihrer Haltung gegenüber dem von Oesterreich angebahnten und von den hier versammelten Bundesfürsten so hingebend geförderten Reformwerk von rücksichtslosester Leidenschaft leiten zu lassen. Ob ihre Partei dadurch in den Augen des Volkes gehoben wird, mag sie mit sich selber abmachen. Dazu aber können solche Blätter vielleicht beitragen, daß die nach fünfzigjährigem Sehnen und Harren der Nation endlich zum Ergreifen nahe gerückte deutsche Einheit dem Ausland als im Voraus gestört erscheint. Alle wahrhaft unabhängigen Organe des Liberalismus, selbst preussische nicht ausgenommen, gestehen ein, daß der kais. Reform-Entwurf weit mehr biete, als man erwartete, und soviel, daß ein Mehr unter den obwaltenden Umständen unerreichbar scheine. Dagegen hält die „N. Frankf. Z.“ für angezeigt, die früher bestandene Meinung, Baden sei für den Reform-Entwurf, als eine „Verleumdung“ dieses „liberalen“ Staates zu erklären. Wir werden sehr wahrscheinlich demnächst in der Lage sein, zwei interessante Aktenstücke in Betreff des badischen Liberalismus mitzutheilen.

— Wie der „Rh. u. R. Ztg.“ aus Frankfurt a. M. geschrieben wird, haben dort zwischen dem österreichischen und den Ministern der Mittelstaaten wiederholt Besprechungen über die Zollfrage stattgefunden. Der Abschluß eines österreichisch-süddeutschen Zollbundes soll so gut als gesichert sein. Mit Hilfe der Reformakte hofft man die noch widerstrebenden mittel-deutschen Staaten für diesen Zollbund zu gewinnen.

Darmstadt, 27. August. Aus der „Sizilianischen Besper“ des heutigen Theaterabends ist ein „unterbrochenes Opferfest“ geworden. Der zur Vorstellung von dem Großherzog geladene Juristentag hat in corpore das Haus verlassen. Prinz Alexander wollte Namens des Großherzogs die ständige Deputation und das Bureau der Juristenversammlung empfangen. Wie es bei Massenmärgen unausbleiblich, hatte sich der Extrazug verspätet. Trotzdem war von einem Empfang oder einem Geleit der Deputation, welche die Jurisprudenz von ganz Deutschland repräsentirt, im Bahnhof keine Rede. Die Herren begaben sich also in Gruppen in das Palais. Zu ihrem Erscheinen fanden sie geschlossene Thüren, und ein Diener gab die Auskunft, der Prinz sei nicht im Haus; er habe gewartet, nun sei er zum Empfang der Fürsten, die inzwischen auch zu der Opervorstellung eingetroffen, abwesend zu sein genöthigt. Sofort drang die Kunde in die nach dem Theater strömende Menge, während Viele, davon nicht mehr erreicht, bereits dort eingelangt waren. Von dem Fürstentagongreß fanden sich die Könige von Baiern und Hannover, der Kurfürst von Hessen, der Herzog von Nassau, der Kronprinz von Württemberg &c. &c. in der Oper ein. Von Mund zu Ohr ging die Nachricht von dem Nichtempfang durch das Haus. Sofort, nachdem hinter dem ersten Akt der Vorhang gefallen war, und da die Fürsten in ihren Logen sich erhoben, um in das Foyer vor denselben auszutreten, verkündete ein Sprecher, daß die ständige Deputation, da ihr ein Empfang nicht zu Theil geworden, die Oper nicht besuchen können und deßhalb die Juristenversamm-

lung, zu ihr stehend, das Haus verlasse. Das geschah, und, wohl noch nicht erlebt, die Fürsten sahen sich in einem leeren Haus. Der Juristentag fand sich bald in dem Casino, wo ein Souper nach dem Theater schon vorher beabsichtigt war, wieder zusammen, und zwar mit den Damen, welche die Sezession vollständig theilten. Nachträglich hat, wie der Gesellschaft im Casino mitgetheilt wurde, Justizminister von Lindelos eine Vermittlung versucht und die Erklärung des Prinzen überbracht, er erwarte die Deputation, in sie zu empfangen, im Theater. Die Deputation aber hat gedankt. Was die Stimmung verschärfte, ist der bekannt gewordene Umstand, daß gestern bereits für Logen des ersten Ranges ausgegebene Karten heute zurückverlangt wurden, da sie der Hof zum Empfang der Fürsten bedürfe. Das ist z. B. dem hochverehrten geh. Rath Abegg geschehen, und Hye v. Blunck mit seiner Frau wurde, da er einen Logenplatz auf seine Karten einnehmen wollte, von einem Diener bedeutet, der Platz sei inzwischen für einen Kavaliereines Fürsten bestimmt worden. Das bildet allerdings einen starken Kontrast gegen das liebenswürdige Entgegenkommen, welches der Juristentag in Wien und Dresden gefunden hat.

— Aus **Koburg, 28. August**, wird der „Oest. Ztg.“ geschrieben: Die Reformbewegung macht am Main, am Rhein und in allen andern nicht-preussischen Ländern Deutschlands Fortschritte, und man kann hoffen, daß sich am Ende die Preußen selbst, so sehr sie auch ihr Preußenthum dagegen sträubt, einer Aktion zu folgen, zu der Oesterreich den Anstoß gegeben hat, hierzu werden entschließen müssen. Ich rede hier nur von den östlichen Provinzen Preußens; am Rhein hat der Funke, weil man da der Gefahr von Frankreich her näher ist; allenthalben gezündet. Deßhalb ist auch die „Köln. Ztg.“ nicht so vorfüßig, weil sie sich der Strömung in den Rheinlanden nicht entgegenstemmen kann. Die Fürsten finden sich immer mehr in die Sache und betreiben sie nun mit einiger Lust. Das Beispiel des Kaisers von Oesterreich wirkt auf alle Andern. Sie gefallen sich in ihren parlamentarischen Rollen und ergreifen sie mit Wärme; bei sehr Vielen tritt verborgenes Talent zu Tage. So ist der Herzog von Oldenburg ein guter Redner, der Herzog von Nassau ist ein sehr reger und thätiger Parteimann; der König von Hannover entfaltet sehr viel liebenswürdigen Humor. So sehr dieser Souverän den Ideen des göttlichen Rechtes huldigt, hat er sich doch nicht auf die Seite der in Preußen dominirenden Partei gestellt. Der Herzog von Baden, der jene Opposition, welche das abwesende Preußen machen will, repräsentirt, hat sich die Redeformen und Schlagworte der Partei, welche sein Minister vertritt, angeeignet, doch ohne hohe politische Konzeption; Herzog Ernst von Sachsen-Koburg arbeitet an allen Ecken und Enden. Der Kaiser von Oesterreich ist der beste Präsident, den eine solche Versammlung haben kann, an den man nicht die Anforderungen eines geschulten Präsidenten aus unseren Kammern machen soll und darf; denn es handelt sich hier nicht darum, ein Reglement, eine Geschäftsordnung aufrecht zu erhalten, sondern durch persönliche Einflußnahme zu wirken, und dazu ist der Kaiser ganz der Mann. Trotz seiner Anspruchslosigkeit erfreut er sich in den Augen seiner Mitfürsten einer solchen Autorität, daß seine Bescheidenheit Nähe hat, jede etwaige Bevorzugung, die an die Oberfläche treten könnte, zurückdrängen. Er leitet die Debatten mit Würde und Geschick, und wirkt konziliatorisch. Herzog Ernst hat sich noch eine Aufgabe gestellt, es ist die Einwirkung auf die Publizität und das Publikum, die Gegenwirkung gegen den Druck, welchen die preussischen demokratischen und feudalen Führer zu üben suchen. Eigentliche Geschäftsmänner sind in der fürstlichen Versammlung jedoch nur die Vertreter der freien Städte, welchen bei Fürsten- und Direktorialversammlungen später eine große Aufgabe zufallen wird.

— Zur gegenwärtigen Stellung Preußens schreibt man der „France“, daß sich daselbst immer mehr das Gerücht erhalte, Preußen werde um eine französische Allianz. Man bringt damit die Gegenwart des Prinzen von Hohenzollern und die schnelle Ankunft des Grafen von der Goltz im Lager von Chalons in Verbindung. Die Politik, welche Oesterreich in Deutschland verfolgt, hat König Wilhelm und Herrn von Bismarck unzufrieden gemacht. Sie sehen darin bloß die Absicht das preussische Uebergewicht in Deutschland zu verhindern und betrachten es als einen Akt der Feindseligkeit. Zugleich sehen sie es aber als ein Mißtrauen gegen Frankreich an, und die deutsche Einheit sei wesentlich gegen die französische Politik gerichtet. Darum glaubt Preußen sich nähern zu können. Von diesem Gesichtspunkte ausgehend, will Preußen eine Vermittlung zwischen Frankreich und Rußland anbahnen, und glaubt bei der Gereiztheit des letzteren gegen Oesterreich und England wird es Frankreich größere Konzessionen machen als an die beiden andern Mächte.

Der „Daily-News“-Korrespondent aus Paris meldet: Man versichert mir auf das Bestimmteste, daß Mr. Dayton, der amerikanische Gesandte, mit letzter Post von seiner Regierung die ausdrückliche Weisung erhalten habe, gegen die Begründung einer Monarchie in Mexiko zu protestiren. Diese Nachricht ist von hoher Wichtigkeit.

Aus Paris, 29. Aug., läßt sich die „Oest. Ztg.“ schreiben: Die Unterhandlungen zwischen dem Erzherzog Ferdinand Max und dem Kaiserhofe dauern fort. Der Erzherzog zeigt sich nicht abgeneigt, die mexikanische Krone anzunehmen, aber er stellt Bedingungen, die zu erfüllen kaum möglich sein dürften. Juárez sucht seine Regierung in San Louis Potosi zu organisiren und bereitet ferneren Widerstand vor. Gegen die Nationalversammlung und alle von derselben ausgehenden Handlungen, so wie gegen die allfällige Wahl eines Monarchen hat er einen förmlichen Protest erlassen und seine Agenten angewiesen, ihn den Regierungen mitzutheilen. In San Louis erscheint auch das Journal „Diario del Gobierno“, das alle Beamten halten müssen. Der erste Akt, der darin publizirt wird, ist Konfiskation aller Güter derjenigen Bürger, welche sich dem fremden Eroberer anschließen. Wer von einem verborgenen unbekanntem Vermögen eines solchen Bürgers weiß und es denunziert, erhält davon den vierten Theil.

Unter den nach Brest gebrachten höheren Offizieren, welche in den letzten Affairen gefangen genommen wurden, befindet sich auch ein Deutscher, Karl von Gagern, Oberst des Geniewesens, dem vornehmlich die Leitung bei der hartnäckigen Gegenwehr Puebla's zu verdanken ist. Er wurde bei der Vertheidigung dieses Platzes gefangen genommen. Ich erkundigte mich allsogleich, ob er vielleicht zu den Angehörigen Heinrichs von Gagern, des berühmten ersten Präsidenten der ersten deutschen Nationalversammlung, gehöre; ich erfuhr, daß er von der Insel Rügen gebürtig und mit jenem Manne, an den sich so theure Erinnerungen des deutschen Volkes knüpfen, nur entfernt verwandt sei, aber einen Bruder habe, der in der österreichischen Armee dient. (Baron Otto von Gagern, der Wittmeister bei dem Ulanenregimente Sr. k. H. Erz. Ferdinand Max ist.)

Paris, 30. August. Von dem gestern in St. Cloud unter dem Vorstehe des Kaisers abgehaltenen Minister-rathe erwähnt man heute nur äußerliche, indeß nicht ganz bedeutungslose Details. Das Kabinet trat um 10 Uhr zusammen und die Debatten nahmen bald einen so lebhaften Charakter und so große Dimensionen an, daß man beschloß, sie nach eingenommenem Dejeuner, zu welchem der Kaiser seine Minister einlud, unverweilt fortzusetzen. Erst nach 4 Uhr ging das Conseil auseinander, und das amtliche Blatt ist daher heute noch nicht in der Lage, wie man allgemein erwartete, die letzte Note des Herrn Drouin de L'Huys an den Fürsten Gortschakoff zu veröffentlichen. Heute soll indeß die bezügliche Rede aus dem Ministerium des Aeußern bereits erflossen sein.

Aus Rom erfährt die „O. C.“, daß Se. Heiligkeit bezüglich des Zeremoniells bei Ertheilung eines neuen Kardinalhutes neuestens besondere Bestimmungen und Aenderungen eingeführt habe, welche gelegentlich des im Herbst dort bevorstehenden Gratulations-Empfanges des neuernannten Kardinals De Luca, bisherigen apostolischen Nuntius in Wien, zum ersten Male in Anwendung kommen sollen; ferner, daß die von Pius V. aufgehoben gewesene feierliche Nacht-Prozession, die früher seit uralter Zeit an jedem 6. September stattfand und wobei das Christusbild mit großem Pomp von der Kirche S. Giovanni nach Santa-Maria Maggiore getragen wurde, von Pius IX. wieder eingeführt und schon für den nächsten Monat festgestellt worden ist.

In Montenegro beginnt, wie man der „N. N. Ztg.“ aus Wien schreibt, der alte Geist, dem Friede und Ordnung ein Gräuel ist, wieder die Flügel zu heben, und Rußland, welches gern die ganze Welt in Anklagestand darüber versetzen möchte, daß der polnische Aufruhr von Außen angezettelt und genährt sei, scheint nach Herzenslust zu schüren und zu wühlen. Zwischen dem Fürsten Nikolaus, dessen Vater Mirko, und dem Senatspräsidenten Krzo Petrovich ist ein Zwist ausgebrochen. Letzterer hat während des Krieges gegen die Türken aus eigenem Vermögen dem Lande Vorschüsse gemacht, und begehrt nun deren Ersatz; man bestreitet ihm die Forderung. Daß in der Herzegowina die Gemüther durch österreichischen Einfluß beruhigt und den montenegrinischen Plänen abwendig gemacht wurden, erregt in Cetinje gewaltiges Mißbehagen. Die montenegrinischen Nachthaber schicken vertraute Sendboten an die Häupter der insurgirt gewordenen herzegowinischen Distrikte, um sie durch alle möglichen Mittel zu bewegen, den österreichischen Vorschlägen kein Gehör zu schenken. Da diese Versuche fruchtlos blieben, so sollen von Montenegro aus bezahlte Mordanschläge beordert worden sein, diese Häupter, und besonders den Luka Bukalovich, aus dem Wege zu räumen. Die Bedrohten sind indeß

auf ihrer Hut. Der Anstifter dieser Agitation ist wahrscheinlich der russische Konsul in Ragusa, Petkovich, welcher Ende Juli und Anfangs August sich längere Zeit in Cetinje aufhielt. Er scheint dem Fürsten und anderen einflussreichen Leuten wieder den Gedanken geläufig zu machen, daß die Politik Oesterreichs dem Verglande nicht vorthräftig sei, weil sie ihm von allen Seiten den Weg zur materiellen und moralischen Besserung verschließe. Diese Besserung könne nur durch Vergrößerung seines Gebiets, besonders durch den Besitz eines Seehafens, erreicht werden, dem werde sich aber keine Macht so entschieden widersetzen als Oesterreich. Petkovich ist es ohne Zweifel, der auf die Dinge in der Herzegowina hinwies, und den Montenegrinern zur Erleichterung seiner Mission zuflüsterte, wie Oesterreich die herzegowinischen Häuptlinge zu bewegen suche, daß sie sich der türkischen Regierung unterwerfen und jede Abhängigkeitsbeziehung zu Montenegro abbrechen. Wenigstens werden Aeußerungen dieser Art seit der Anwesenheit des russischen Konsuls wieder in Cetinje laut. Wie man sieht, haben die Tschernagorzen den russischen Wink verstanden.

Aus Warschau wird der „O. C.“ geschrieben: Während man im Auslande das Erstehen der polnischen Erhebung meldet, geht dieselbe ihren vorgezeichneten Gang, bald im gemäßigten, bald im beschleunigten Tempo. Es ist nicht so richtig, als man glaubt, daß die Diplomatie Polen ganz dem vorherrschenden europäischen Friedensbedürfnisse geopfert hat. Die Antwort Rußland's muß auf die letzten Noten der drei Mächte sehr versöhnend lauten, sie muß von Beweisen, daß die russische Regierung die gerechten Forderungen derselben erfüllen will, begleitet sein, damit allseitig der Friede gesichert sei. Die deutsche Bundesreform und die polnische Frage stehen, wie vielfach man es auch behauptet, dennoch in keinem solchen Konnex, daß das Gelingen der Ersteren das völlige Scheitern der Letzteren bedeutete, was sehr zu beachten sein dürfte!

Tagesbericht.

Laibach, 3. September.

Se. Excellenz der Herr Statthalter Freiherr v. Schloißnigg ist gestern von seiner Badereise zurückgekehrt.

Gestern ist bei den Kanalgrabungen am Donaplatz ein thönerner Sarg, ein Orrippe und einige Münzen enthaltend, gefunden worden.

Das k. k. Staatsministerium hat dem Herrn Landesthyerarzt Dr. Johann Pleweis für die von ihm ausgeführten Impfversuche der Schaffende an gesunden Kindern, wozu die Identität der letztern mit der Minderpest sich herausgestellt haben soll, so wie auch dem Kreisarzt, früher Bezirksarzt in Cernembl, Dr. Maly für die dabei geleistete Unterstützung belobende Anerkennungschriften zusenden lassen.

„Novice“ knüpft an diese Mittheilung die Bemerkung, daß die Ortschaften Preloka und Sagurje wegen der daselbst gemachten Impfversuche, die man vorher noch nirgends angestellt habe, historisch berühmte Namen geworden seien.

Wien, 2. September.

Erzherzog Rainer hat im Namen Sr. Majestät des Kaisers Audienzen ertheilt. — Von Warschau telegraphirt man der „Indep. Belg.“, daß Nachrichten aus Rom vom 26. August zufolge dort der Erzherzog Ferdinand Max mit seiner Gemalin der Frau Erzherzogin Charlotte, erwartet wird, um, wie das Telegramm sagt, mit dem Heiligen Vater Rücksprache zu nehmen. Dem „Memorial Diplomatique“ zufolge denkt der Erzherzog nicht daran, mit seiner Yacht „Fantasie“ nach Biarritz zu fahren und dort dem französischen Hofe einen Besuch zu machen; der Erzherzog geht in den nächsten Tagen mit seiner Gemalin nach der Insel Vaccroma, die der Erzherzogin Charlotte gehört und ein ausgezeichnet mildes Klima hat.

Der Kaiser von Oesterreich, als Protektor des neu gegründeten Rhein-Renn-Vereins, hat demselben ein Geschenk von 200 Dukaten überwiesen. Die Zahl der Theilnehmer an diesem Vereine nimmt täglich zu und es scheint Aussicht vorhanden, daß Frankfurt recht bald einer der ersten Plätze für den Sport in Deutschland werden dürfte.

Der Bankier Herr v. Bethmann in Frankfurt, bei welchem das glänzende Fest den Monarchen zu Ehren statthat, ist preussischer Konsul. Er soll nun vom Herrn v. Bismarck eine Rüge erhalten haben, daß er sich an politischen Vorgängen betheiligte habe, an welchen Se. Majestät der König von Preußen sich zu betheiligen ausdrücklich abgelehnt habe.

In den militärischen Erziehungsbäusern ist gegenwärtig ein solcher Andrang von Schülern, daß in diesem Augenblicke bereits, wie die „Aut. Corresp.“ aus glaubwürdiger Quelle vernimmt, für das nächstkommende Studienjahr alle Plätze besetzt sind.

Frankfurt, 1. September. Die Konferenz wurde heute nach beinahe vierstündiger Sitzung feierlich geschlossen. Die Schlussworte Sr. Majestät des Kaisers lauten:

„Wir haben unsere Berathungen geschlossen und Meine hohen Verbündeten werden Mir erlauben, einige kurze Abschiedsworte zu Ihnen zu sprechen. In zehn Sitzungen haben wir uns über eine lange Reihe der schwierigsten und verwickeltesten Fragen geeinigt. Nicht in einem einzigen Falle hat in unserem Kreise ein Sonderinteresse die schließliche Einigung verhindert. Unser Aller Opferwilligkeit hat sich bewährt. Es erscheint Mir dieß als eine große Thatsache, und wenn wir gewiß alle mit hoher Genugthuung auf so viele Beweise der Eintracht und Selbstverläugnung, von welchen unsere Beschlüsse Zeugniß abgelegt, zurückblicken, so darf Ich für Meinen Theil vielleicht selbst viel Regung von Stolz Mir verzeihen, wenn Ich bewähre, wie vollständig Meine Hoffnung auf ein unmittelbares Zusammenwirken der deutschen Fürsten sich gerechtfertigt. Für die Freundschaft und das Vertrauen, welches Meine erhabenen Bundesgenossen Mir persönlich entgegengebracht haben, bitte Ich den Ausdruck Meines tiefempfundenen Dankes anzunehmen. Unser erster deutscher Fürsientag trennt sich nunmehr, er trennt sich mit dem Wunsche, daß ein zweiter so bald als möglich ihm folge, alle Glieder des großen Ganzen vereinigen und unsere Bemühungen krönen mögen. Der Schutz des Allmächtigen bleibe bei uns allen und bei Deutschland!“

Diese Anrede wurde von Sr. Majestät dem Könige von Baiern in würdiger Weise im Namen der Fürsten beantwortet.

Sermannstadt, 1. September. In der heutigen Landtagssitzung, Fortsetzung der Spezialdebatte über den Gesetzentwurf betreffs der Gleichberechtigung der romanischen Nationalität und ihrer Konfessionen, wurde der erste Paragraph des Anschlußantrages unverändert angenommen.

Krakau, 1. September. Der „Gaz.“ gibt den Verlust der Insurgenten in dem Gefechte bei Dorohucz am 24. v. M. mit 400 M. an Todten, Verwundeten und Gefangenen an. Rußi sei gefallen und Krysinoki verwundet. Auch die Verluste der Russen seien bedeutend. Am 25. hat bei Huta Zelazna, 6 Meilen von Warschau, ebenfalls ein für die Insurgenten ungünstiges Gefecht stattgefunden.

Frankfurt, 1. September. Die „Südd. Ztg.“ schreibt, auf dem Fürsientag sei beschlossen worden, die fertige Reformakte demnächst der ersten auf Grund derselben gewählten Delegirtenversammlung zur Annahme oder Verwerfung mit Ja oder Nein vorzulegen.

Frankfurt, 1. September. Um 10 Uhr früh Schlußsitzung und Unterzeichnung des Konferenzprotokolls, worauf sich die Souveraine und Vertreter der freien Städte um 1¼ Uhr von Sr. Majestät dem Kaiser verabschiedeten.

Se. Majestät der Kaiser werden Frankfurt am 3. d. M. um 5½ Uhr Morgens mittelst Eisenbahn-Separatzuges der Frankfurt-Hanauer Eisenbahn verlassen, Koburg mit einem kurzen Besuch berühren und sodann von Bamberg über Nürnberg, Regensburg, Passau und Linz nach Wien weiterreisen, wo Allerhöchstdieselben am 4. d. M. um 10¼ Uhr Vormittags auf dem Westbahnhofe eintreffen, und sich vorläufig in die k. k. Hofburg begeben werden.

Frankfurt, 1. September. Die „Europe“ meldet, das Kabinet habe mittelst Zirkulardepeche an seine diplomatischen Vertreter bei den fremden Höfen Bemerkungen über die Frankreichs Interessen gefährdenden Bestimmungen des Artikels 8 der Reformakte gerichtet. Ähnliche Bemerkungen habe das Luriner Kabinet an seine Vertreter mittelst Zirkulardepeche vom 25. August, vom Standpunkte der Interessen Italiens ausgehend, gerichtet.

Frankfurt, 1. September. Die Konferenzen der deutschen Fürsten wurden heute geschlossen.

Die Fürsten trennten sich in gehobener Stimmung, die der Spezialdebatte unterzogen gewesen, theilweise amendirten Artikel wurden definitiv genehmigt, jene Artikel, worüber keine Spezialdebatte stattfand, wurden en bloc angenommen. Man schließt jetzt, daß die Nothwendigkeit von Ministerkonferenzen entfällt, nachdem das ganze große Werk vollendet ist. Nicht angeschlossen haben sich Baden, Mecklenburg-Schwerin, Weimar und Waldeck. Alle Uebrigen haben das Schlußprotokoll gefertigt. Das Schlußresultat ist mit einem Kollektivschreiben der Fürsten dem Könige von Preußen mitzutheilen.

Frankfurt, 1. Sept., 7 Uhr 5 Min. Abends. Der Spezialdebatte wurden unterzogen die Art. 1 bis 6, 8, 9, 11, 14, 16, 18, 20 bis 24, 26, 27, 28 und 36 des Reformentwurfes, die übrigen in der letzten Sitzung en bloc angenommen. Wesentlich abgeändert wurde der Art. 3 und wurde ein Direktorium von 6 Stimmen beschlossen, und zwar: eine Stimme Oesterreich, eine Preußen, eine Baiern, eine die drei anderen Königreiche im jährlichen Turnus oder nach Vereinbarung; eine Baden, beide Hessen, Luxemburg, Holstein, Braunschweig, beide Mecklenburg und Nassau, eine die übrigen Staaten. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Volkszahl der durch die Stimmen vertretenen Staaten;

Art. 8: Zu jeder Kriegserklärung sind zwei Dritttheile der Stimmen des Bundesrathes erforderlich, auch bei einem Angriffe auf nichtdeutsches Gebiet eines Bundesgliedes;

Art. 9 wurde dahin modifizirt, daß bei Außerordnungen die Art. 25 bis 28 der Wiener Schlussakte für das Direktorium maßgebend sind;

Art. 11: für Gesetzesvorschläge zu Verfassungsänderungen oder über Gegenstände, welche bisher zur Legislative der Einzelstaaten gehörten, ist Einstimmigkeit erforderlich;

Art. 14: kommt über das Bundesbudget eine Vereinbarung mit der Abgeordnetenversammlung nicht zu Stande, so gilt bis zur Verständigung der Vorschlag der vorhergehenden Periode;

Art. 16 erhöht die Zahl der Abgeordneten auf 302;

Art. 20. Die für manche Fälle beantragte Majorität von vier Fünfteln wurde in eine Majorität von drei Vierteln abgeändert.

Art. 28. Klagen, welche am 1. Jänner 1863 durch Bundesbeschluß oder Landesgesetzgebung entschieden waren, können beim Bundesgerichte nicht anhängig gemacht und zu Recht bestehende Landesverfassungen daselbst nicht angefochten werden.

Frankfurt, 1. September. Nach der heutigen Schlußsitzung und Unterzeichnung des Konferenzprotokolls verabschiedeten sich die Souveraine und Vertreter der freien Städte um 1 1/4 Uhr von Sr. Maj. dem Kaiser.

Berlin, 1. September. Petersburger Privatbriefe vom 30. August melden, ein kaiserlicher Ukas ordnet die Einreihung von 48 Reserve-Regimentern zur aktiven Armee an. Großfürst Konstantin habe einem Ministerrathe unter dem Vorsitze des Kaisers in Jaroslaw-Selo beigezogen, in welchem die Verantwortung der Noten der drei Mächte besprochen worden sei. Dem Großfürsten wurde von Seiten des Kaisers ein sehr freundlicher Empfang bereitet.

Berlin, 1. September. Von der Polengrenze (1.) wird berichtet: Einem Gerüchte zufolge wird Großfürst Konstantin nicht mehr nach Warschau zurückkehren; die Großfürstin bereite sich zur Abreise vor. Es heißt, Mikroslawski soll bewogen worden sein, in die Dienste der Nationalregierung als Dr-

ganisator von Freischaaren außerhalb der Grenzen Polens zu treten.

Paris, 31. August. 5 Uhr 55 M. Abends. Heute fand eine Ministerberathung Statt. Der Kaiser empfing gestern den Grafen von der Goltz in einer Audienz. Die Kaiserin ist nach Biarritz abgereist.

Bukarest, 31. August. An Stelle General Ghika's ist Nikolaus Balanesco Rosetti zum Minister des Aeußern ernannt. Bis zu seiner Ankunft ist das Portefeuille der auswärtigen Angelegenheiten dem Finanzminister Dobbesco anvertraut worden.

Getreide-Durchschnitts-Preise in Laibach am 2. September 1863.

Table with columns: Ein Metzen, Marktpreise, Magazinpreise, in österr. Währ., fl., kr. Rows include Weizen, Korn, Gerste, Hafer, Halbfucht, Heiden, Hirse, Aukeruz.

Verantwortlicher Redakteur: Ignaz v. Kleinmayr. Druck und Verlag von Ignaz v. Kleinmayr & Fedor Bamberg in Laibach.

Anhang zur Laibacher Zeitung.

Börsenbericht. Wien 1. September (W. Stg. Abdl. Mittags 1 1/4 Uhr.) Beginn und Verlauf der Börse gut, Schluß für Spekulations-Effekten matter. Von Staatspapieren blieben verloren ein Paar Zehntel am Kurse. Von Industriepapieren Kredit- und Nordbahn-Aktien schließlich billiger gehandelt, Bank-, u. ö. Eskompte- und Aktien der Donau-Dampfschiffahrt-Gesellschaft höher, Wechsel auf fremde Plätze wurden um zwei Zehntel theurer bezahlt. Geldverhältnisse günstig.

Table with multiple columns: Öffentliche Schuld, A. des Staates, B. der Kronländer, Effekten und Wechsel-Kurse, Fremden-Anzeige, and various financial data.

Effekten und Wechsel-Kurse an der k. k. öffentlichen Börse in Wien. Den 2. September 1863. Table with columns: Effekten, Wechsel.

Lottoziehung vom 2. September. Triest: 72 25 70 80 73.

Abgang der Mallepost von Laibach: nach Villach; durch Obertraun, Oberkranten, bis Villach, dann Brizen, Salzburg, Tirol, Schweiz, Italien, Westdeutschland - täglich um 4 Uhr Nachmittags.

Ankunft der Mallepost in Laibach: von Villach; von allen Postämtern bis Villach, bis Brizen, Salzburg, Tirol, Schweiz, Italien, Westdeutschland, Obertraun, Oberkranten, - täglich früh 7 1/2 - 8 Uhr.

Anmerkung. Die Briefpost ist von 8 Uhr früh bis 7 Uhr Abends offen. Zwischen 7 und 8 früh werden die Zeitungen rückwärts ausgegeben. - Die Fahrpost ist von 8 bis 12 Uhr Vormittags und von 2 bis 6 Uhr Abends geöffnet.

Fremden-Anzeige. Den 1. September 1863. Die Herren: Baron Marenzi, Weltpriester, - Dr. v. Scari, und - Diehl, k. k. Marine-Verichts-Aktuar, von Triest. - Hr. Scherzauz, k. k. Landes-Verichts-Präsident, von Udine. - Hr. Koller, k. k. Hauptmann, von Gili. - Hr. Paßl, k. k. Professor, von Görz. - Hr. Gradischel, k. k. Professor, von Klagenfurt. - Hr. Trojanski, Professors-Kandidat, von Kasan. - Die Herren: Bandrowski, Geometer, und - Mayer, Agent, von Wien. - Hr. van der Zee, Privatier, von Smyrna. - Hr. Bauer, k. k. Rechnungsrath, von Graz. - Hr. Krupka, v. B. Neustadt. - Die Herren: Malatel, und - Serdoz, von Fiume.

3. 1715. (2) Nr. 913.

Edikt. Das k. k. Kreisgericht zu Neustadt, als Handelsgericht, bringt hiemit zur allgemeinen Kenntniß, daß über Ansuchen des hiesigen Handelsmannes Herrn Sigmund v. Pilbach die Protokollirung seiner Handels-Firma: Sigmund v. Pilbach, für eine gemischte Warenhandlung in der Stadt Neustadt im Kronlande Krain und seines Heiratsvertrages bewilliget, und das wegen deren Eintragung in die diesgerichtlichen Handelsregister Erforderliche unter Einem veranlaßt worden sei.

Neustadt am 11. August 1863.

3. 1714. (3) Nr. 1328.

Edikt. Im Nachhange zum Edikte vom 28. April 1863, 3. 468, wird bekannt gemacht, daß am 24. September 1863 zur Feilbietung der in den Verlaß des Barthlmä Achatschitsch gehörigen Realitäten geschritten wird. k. k. Bezirksamt Neumarkt, als Gericht, am 20. August 1863.

3. 1732. (1) Das Haus Nr. 16, am alten Markte, welches sich wegen seiner günstigen Lage, wie auch wegen seiner geräumigen Verkaufsgewölbe, Magazine und Keller zu jeder Spekulation eignet, ist sammt dem dazu gehörigen großen Garten und einem Weideantheile am Schloßberge, sogleich billig zu verkaufen.

Nähere Auskunft ertheilt der Hausadministrator in der Rosengasse Nr. 114 im 2. Stocke.

3. 1607. (2) Um 16200 fl. öst. W. oder in Staatspapieren nach dem Tageskurse ist das Haus Nr. 187 in Laibach am Naau, welches sich im guten Banzustande befindet und einen Reinertrag über fünf Prozent abwirft, unter den annehmbarsten Zahlungsbedingungen sogleich zu verkaufen.

Nähere Auskunft ertheilt der k. k. Notar Dr. Julius Rebitsch daselbst.

3. 1669 (3)

Kostknaben finden bei einem Herrn, der sich in Laibach seit zwanzig Jahren mit der Erziehung der Jugend befaßt, unter sehr vortheilhafter und billiger Bedingung Aufnahme. Nähere Auskunft hierüber ertheilt aus Gefälligkeit Herr Michael Putre, Normalschullehrer.

In der St. Peters-Vorstadt Nr. 17 ist ein großer Keller zu vermieten, und das Nähere hierüber dort zu erfragen.